



Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen

Bremen, den 27. Januar 2014

PRESSEMITTEILUNG

Sonderbericht nach § 99 LHO über die Risiken für die Freie Hansestadt Bremen infolge der finanziellen Situation der Gesundheit Nord gGmbH

Die Gesundheit Nord (GeNo) mit ihren vier bremischen Kliniken befindet sich in einer äußerst angespannten wirtschaftlichen Lage. Zwar stiegen die jährlichen Betriebserträge bis zum Jahr 2012 auf rd. 612 Mio. €, doch erhöhten sich bis dahin durchgehend auch die Aufwendungen, und zwar auf rd. 623 Mio. €. Wenn nicht gegengesteuert wird, drohen absehbar Verluste, die die Existenz der GeNo gefährden können. „Es darf keine Zeit mehr verloren werden. Die Sanierung der kommunalen Krankenhäuser Bremens drängt“, so die Präsidentin des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen, Bettina Sokol, anlässlich der Vorstellung des Sonderberichts.

Viele Krankenhäuser im Bundesgebiet sind in Finanznöten. Im bundesweiten Vergleich mit anderen Krankenhäusern ähnlicher Größe ergeben sich als Hauptursachen der finanziellen Probleme der GeNo die erheblich höheren Kosten für medizinischen Sachbedarf und Personal. Sokol: „Die GeNo hat weniger ein Ertrags- als vielmehr ein Kostenproblem. Dort gilt es zuallererst anzusetzen. Die Kosten müssen deutlich gesenkt werden.“

Der „Zukunftsplan 2017“ der GeNo zeigt erste Schritte zur Sanierung auf, die allerdings nicht ausreichen. Selbst wenn alle Annahmen und Planungen des Konzepts Realität werden, sind über das Geschäftsjahr 2017 hinaus noch jährliche Verluste von mehr als 20 Mio. € zu erwarten. Hinzu kommen die mit den Investitionen verbundenen Risiken. Alle bisher von der GeNo für notwendig gehaltenen Investitionen sind bis 2017 nicht einmal zu einem Drittel durch Krankenhausfinanzierungsmittel abgesichert. Die Kostenentwicklung des Teilersatzneubaus am Klinikum Bremen-Mitte birgt weitere Unsicherheiten, die im „Zukunftsplan 2017“ noch nicht berücksichtigt sind. Präsidentin Sokol: „Es muss so schnell wie möglich geklärt werden, wie hoch der unabweisbare Investitionsbedarf ist und wie er finanziert werden soll.“

Die Situation der GeNo hat Auswirkungen auf die Bremer Haushalte. Bereits jetzt hat die Stadt für den Zeitraum bis 2017 Mittel im Umfang von rd. 151 Mio. € ausgegeben und festgelegt. Hochgerechnet bis zum Ende der Laufzeit aufgenommenen Darlehen im Jahr 2033 besteht ein finanzielles Gesamtrisiko in Höhe von rd. 660 Mio. €, das die Einhaltung des Konsolidierungskurses für das Haushaltsnotlageland Bremen bis zum Jahr 2020 gefährden kann. Denn Bremen muss seinen Haushalt bis dahin ohne neue Schulden aufstellen. Es ist daher geboten, die Sanierung der GeNo zügig und wirksam anzugehen. Dazu gehört eine straffere Steuerung des Sanierungsprozesses und der GeNo insgesamt durch das Gesundheitsressort ebenso wie

- das Zurückführen von Personalausgaben auf tariflich vorgesehene Leistungen und des Sachaufwands auf einen im Vergleich angemessenen Standard sowie
- eine Optimierung der Krankenhausbedarfsplanung und ihre stärkere Verzahnung mit dem Umland.

Die Organisationsstruktur der städtischen Krankenhäuser muss sich am übergeordneten Ziel orientieren, die bestmöglichen Voraussetzungen für ihre wirtschaftliche Gesundung zu schaffen. Dabei ist die Rechtsform nachrangig.